

Spaltpilz Economiesuisse?

Der Entscheid des Wirtschaftsdachverbands, auf eine Parole zur Energiestrategie zu verzichten, erzürnt die Gegner. Sie warnen vor einer Spaltung der Wirtschaft - auch bei anderen Vorlagen.

Raphaela Birrer

Auf die Frage, wie sich Economiesuisse zur Energiestrategie 2050 stellt, hätte es bis vorgestern nur eine folgerichtige Antwort gegeben: Der Wirtschaftsdachverband ist dagegen. So hätte zumindest geantwortet, wer die Entstehungsgeschichte der Vorlage mitverfolgt hat. Denn Economiesuisse war über Jahre hinweg die unbequeme Kraft, die zusammen mit SVP und FDP für eine marktwirtschaftlichere Energiepolitik kämpfte - und Mitte-links mit dieser unachgiebigen Haltung weitreichende Konzessionen abtrotzte.

Doch am Montag hat Economiesuisse entschieden, keine Parole für die Abstimmung zur Energiestrategie am 21. Mai zu fassen. Der Verband müsse die gemeinsame Position der Mitglieder vertreten, und eine solche gebe es in diesem Fall nicht, teilte er mit. Der Ärger über die «Inkonsequenz» ist im gegnerischen Lager gross. SVP-Präsident Albert Rösti, dessen Partei das Referendum ergriffen hat, sagt: «Es ist enttäuschend, dass der Dachverband in einer derart wichtigen Frage für die Wirtschaft keine Meinung hat.» Auch FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen kritisiert die «schwache Haltung, nur um interne Konflikte zu vermeiden». Economiesuisse nehme politisch keine Funktion mehr wahr, wenn sie lediglich der Mehrheit diene, wie immer diese auch ausfalle.

«Egoistische Branchen»

Der Energiestrategie-Gegner spricht mit seiner Kritik den Hauptgrund für das «Jein» des Dachverbands an: Economiesuisse ist tief gespalten. Die produzierende Industrie fürchtet sich vor höheren Energiekosten und Reduktionsvorgaben, während der Bau und allen voran die Gebäudetechniker von der Energiewende profitieren. Der Dienstleistungssektor wiederum ist von deren Folgen weniger betroffen; die Banken und Versicherungen stehen der Energiestrategie deswegen positiver gegenüber.

Die Gegner sehen jetzt den Interessenausgleich innerhalb der Wirtschaft ernsthaft gefährdet. Die Bauern helfen dem Gewerbe und umgekehrt, die Industrie unterstützt den Finanzplatz: Solche Allianzen seien ein zentrales Element bürgerlicher Politik, sagt Rösti. «Wenn nun die einzelnen Branchen beginnen, egoistisch zu denken, nur weil sie von einer Vorlage vermeintlich weniger tangiert sind, verliert die Wirtschaft



Die Wirtschaftsvertreter sind sich uneins, was die Zukunft der Energiegewinnung angeht: Fotovoltaikanlage auf dem Mont Soleil. Foto: Christian Beutler (Keystone)

ihre Schlagkraft. Das kann sich bei anderen Dossiers rächen.»

Im «Wirtschaftskomitee gegen das Energiegesetz», in dem sich die Industrie-, Pharma- und Gastroverbände zusammengeschlossen haben, ist man bemüht darum, diesen Vorwurf zu entkräften. Wenn die Mitglieder derart uneins seien, sei es nur konsequent, dass der Dachverband auf eine Parole verzichte, sagt Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzer. «Die SVP steht dem Gewerbeverband näher. Sie müsste sich vielmehr da-

rüber aufregen, dass der sich für die Energiestrategie ausgesprochen hat.» Gleich klingt es bei Swissmem: «Wir tragen den Entscheid unseres Dachverbands mit. Nun müssen beide Seiten ihre Argumente selber vortragen», sagt Präsident Hans Hess.

Kein zweites Debakel

Auch Kurt Lanz, Energiepolitikexperte bei Economiesuisse, will die Wirtschaft nicht auseinanderdividiert wissen. Der Entscheid, keine Parole zu fällen, sei der

gemeinsame Nenner der Mitglieder zu einer Vorlage, in der man viel erreicht habe. Der Verzicht auf fixe AKW-Laufzeiten, eine zeitliche Befristung der Subventionen für erneuerbare Energien und Richt- anstatt Zielwerte beim Verbrauch: Die Energiestrategie habe sich im Verlauf der parlamentarischen Beratung in einigen bedeutenden Punkten verbessert, sagt Lanz. Und weiter: «Wir haben uns in diesem Prozess konstruktiv eingebracht und können mit dem Ergebnis leben.»

Eine Rolle beim Entscheid, auf eine Parole zu verzichten, dürften indes auch die Chancen der Vorlage an der Urne gespielt haben. Nach dem Debakel bei der Unternehmenssteuerreform III würde es den Verband weiter schwächen, wenn er erneut auf der Seite der Verlierer stünde. Vor diesem Hintergrund glaubt SVP-Energiepolitiker Hansjörg Knecht gar, die Stimmfreigabe komme dem Referendumskomitee zugute - immerhin sei «das Image von Economiesuisse in der Bevölkerung etwas angeschlagen».

Sparpaket muss in Einigungskonferenz

Mit dem Stabilisierungsprogramm muss sich die Einigungskonferenz aus Mitgliedern von National- und Ständerat befassen. Der Nationalrat hat am Dienstag in der dritten Beratungsrunde in den verbleibenden Differenzen an seiner Position festgehalten. Uneinig sind sich die Räte noch in zwei Punkten.

Zum einen geht es um Sparmassnahmen im Migrationsbereich. Der Nationalrat hat sich erneut für eine Kürzung der Integrationsbeiträge an die Kantone um 11,4 Millionen Franken in den Jahren 2018 und 2019 ausgesprochen, mit 109 zu 83 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Ständerat lehnt diese Sparmassnahme ab. Die Mehrheit der Ständeräte befürchtet, dass damit die Last auf die Kantone verschoben würde. Die Befürworter dieser Massnahme widersprechen: Die Gelder würden lediglich sinnvoller eingesetzt. Ein altes Programm werde durch ein neues ersetzt mit einem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis, sagte Thomas Aeschi (SVP, ZG).

Zum anderen beharrt der Nationalrat auf einer Kürzung der Gelder an die Kantone für die individuellen Prämienverbilligungen. Das beschloss er mit 107 zu 86 Stimmen. Geht es nach seinem Willen, zahlt der Bund künftig 7,3 statt wie heute 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung. Damit erhielten die Kantone 75 Millionen Franken weniger für die Prämienverbilligung. (SDA)

Behörde muss Verdacht auf Terrorfinanzierung für sich behalten

Bei Hinweisen aus dem Ausland darf die Meldestelle für Geldwäscherei nicht mit der Bundesanwaltschaft kooperieren. Das soll sich ändern.

Camilla Alabor
Bern

Im Jahr 2015 erhielt das Bundesamt für Polizei (Fedpol) eine Anfrage einer ausländischen Stelle für Geldwäscherei. Der Verdacht: Terrorfinanzierung. Im Visier: eine gemeinnützige Organisation, auf deren Namen in der Schweiz zwei Bankkonti laufen sollten. Die ausländische Stelle hatte Informationen, wonach hinter der Organisation eine Person steckte, die auf einer UNO-Terrorismusliste steht. Die Meldestelle für Geldwäscherei, die zum Fedpol gehört, erhielt also die Anfrage - und durfte damit nichts machen. Sie kann in solchen Fällen lediglich abklären, ob eine Schweizer Bank wegen Verdachts auf Terrorfinanzierung eine Meldung gemacht hat. Ist das nicht der Fall, sind ihr die Hände gebunden. Weder darf sie bei den einzelnen Banken nachfragen, ob eine bestimmte Person bei ihnen ein Konto hat. Noch ist es ihr erlaubt, die Informationen an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Dafür fehlt im Moment eine gesetzliche Grundlage.

«International war lange umstritten, welche Kompetenzen eine Geldwäschereistelle haben muss», erklärt Daniel Thelesklaf, ehemaliger Leiter der Meldestelle für Geldwäscherei die Situation. Auch in der Schweiz habe man deshalb gezögert, die Kompetenzen auszuweiten. Ein Bericht der «Groupe d'action financière» vom Dezember 2016 hat das nun eindeutig als Problem benannt.

Anfragen laufen ins Leere

2015 erhielt die Stelle für Geldwäscherei 3600 Anfragen aus dem Ausland. Der Verdacht lautete jeweils auf Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung. Rund 60 Prozent dieser Anfragen konnten die Behörden nicht behandeln. Die Fälle von Verdacht auf Terrorismusfinanzierung machen dabei den kleineren Teil aus - die Mehrheit betrifft Geldwäschereidelikte. Doch gerade Erstere bereiten dem Fedpol grosse Sorgen. Es wünscht sich deshalb die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, um künftig auch dann Abklärungen vornehmen zu können, wenn in der Schweiz gegen die betreffende Person nichts vorliegt. Ein entsprechender Vorschlag soll noch dieses Jahr in die Vernehmlassung.

David Zollinger, früherer Leiter des Bereichs Geldwäschereiverfahren bei der Zürcher Staatsanwaltschaft, warnt davor, sich von einer Gesetzesänderung zu viel zu versprechen. Auch das Ziel einer besseren Überprüfung von Verdächtigen werde in vielen Fällen einen

Anschlag nicht verhindern können. «Für einen Anschlag braucht es keine grossen Mittel, wie die Attacken mit Lastwagen oder Messern zeigen.» Zudem spielten Geldüberweisungsinstitute, Barzahlungen oder informelle Netzwerke oft eine wichtigere Rolle als Banken.

Daniel Thelesklaf teilt diese Meinung. «Die Terroristen wissen, dass der Bankensektor überwacht wird und sind entsprechend vorsichtig.» Doch dürfe man nicht vergessen: «Nebst Einzeltätern gibt es auch terroristische Zellen, die oft jahrelang aktiv sind.» Deren Zahlungen zu untersuchen, könne wertvolle Hinweise liefern. Eine weitere Zielgruppe stellten terroristische Organisationen wie der Islamische Staat oder Boko Haram dar. «Sie sind zum Teil sehr vermögend und brauchen Anschluss ans Bankensystem», sagt Thelesklaf. Er würde deshalb die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage begrüßen. Zudem brauche es zwischen Banken und Behörden eine engere Zusammenarbeit.

David Zollinger steht einem Ausbau der behördlichen Kompetenzen skeptischer gegenüber. «Oft erhält die Schweiz von der ausländischen Stelle nur einen Namen. Auf welche Quellen man sich dabei stützt, bleibt meist völlig unklar.» Auch bei sogenannten Terrorlisten wisse man selten, wie diese zustande gekommen seien. «Statt den Meldestellen würde man besser den Strafverfolgern mehr Kompetenzen geben, weil diese damit auch etwas anfangen könnten.»

Terrorismus

Aktionsplan angekündigt

Die Schweiz will ihre Instrumente zur Terrorismusbekämpfung verstärken. Vermehrt soll auch auf die Deradikalisierung hingewirkt werden. Im Herbst wollen die Behörden einen nationalen Aktionsplan von Bund, Kantonen und Gemeinden vorlegen. In der Schweiz sei die Gefahr der terroristischen Bedrohung nach wie vor erhöht, sagte der Direktor des Nachrichtendienstes des Bundes, Markus Seiler, bei der Präsentation des dritten Berichts der Taskforce Tetra am Dienstag. Im Aktionsplan sollen sich deshalb Empfehlungen von Massnahmen zur «Verhinderung und Bekämpfung von allen Formen der Radikalisierung zum Terrorismus» finden, wie es im Bericht heisst. Explizit werde auch auf Massnahmen zur Deradikalisierung und Resozialisierung eingegangen.

Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) schnürt zudem ein Paket von Massnahmen ausserhalb der Strafuntersuchung: Dazu zählen die Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen auf dem Polizeiposten, der Entzug von Ausweisen oder auch die Möglichkeit, Verdächtige verdeckt im Schengener Informationssystem zu registrieren. Es gebe im derzeitigen Dispositiv «Lücken und Schwächen», sagte Fedpol-Direktorin Nicoletta della Valle. Diese sollen nun geschlossen werden. Konkret nannte sie die fehlende Möglichkeit für die Polizei, auch ausserhalb von Strafverfahren Zwangsmassnahmen zu verhängen. (SDA)